

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. September 1982
am Donnerstag, dem 16. September 1982

Verzeichnis der Fragesteller

| <i>Abgeordneter</i> | <i>Nummer der Frage</i> | <i>Abgeordneter</i> | <i>Nummer der Frage</i> |
|---|-----------------------------|--|-----------------------------|
| Austermann (CDU/CSU) | 8, 9 | Dr. Jobst (CDU/CSU) | 37, 38 |
| Frau Benedix-Engler (CDU/CSU) | 47 | Dr. Kübler (SPD) | 16, 17 |
| Clemens (CDU/CSU) | 53, 54 | Dr. Laufs (CDU/CSU) | 10 |
| Dr. Czaja (CDU/CSU) | 25, 26 | Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD) | 18, 19 |
| Dörflinger (CDU/CSU) | 13, 14 | Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU) | 15 |
| Eigen (CDU/CSU) | 30, 31 | Milz (CDU/CSU) | 45, 48 |
| Dr. Enders (SPD) | 49, 50 | Dr. Riedl (München) (CDU/CSU) | 41, 42 |
| Dr. Feldmann (FDP) | 1 | Frau Roitzsch (CDU/CSU) | 56, 57 |
| Dr. Friedmann (CDU/CSU) | 6, 40 | Dr. Rose (CDU/CSU) | 43, 44 |
| Funk (Gutenzell) (CDU/CSU) | 34, 35 | Schartz (Trier) (CDU/CSU) | 20, 21 |
| Gansel (SPD) | 22 | Schwarz (CDU/CSU) | 28, 29 |
| Hansen (fraktionslos) | 2, 3 | Stockleben (SPD) | 11, 12 |
| Dr. Hennig (CDU/CSU) | 7, 55 | Dr. Struck (SPD) | 39 |
| Herberholz (SPD) | 36, 46 | Stutzer (CDU/CSU) | 32, 33 |
| Hinsken (CDU/CSU) | 23, 24 | Weirich (CDU/CSU) | 51, 52 |
| Dr. Hupka (CDU/CSU) | 4, 5 | Dr. Wittmann (CDU/CSU) | 27 |

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

| | Seite |
|---|--------------|
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung | 3 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen | 3 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern | 3 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen | 4 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft | 5 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten | 7 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . | 7 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit | 8 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr | 8 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen | 9 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . | 9 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . | 10 |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

1. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP) Wie bewertet die Bundesregierung die Äußerungen des NATO-Oberbefehlshabers Rogers im „Spiegel“ vom 23. August 1982 und im „Europa-Archiv“ 12/1982, wonach die NATO die Fähigkeit braucht, die zweite und dritte Angriffswelle eines militärischen, kommunistischen Angriffs mit konventionellen Mitteln zu vernichten, um damit „das Schlachtfeld ins Hinterland des Gegners verlagern“ zu können, und bedeuten diese Äußerungen eine Abkehr von der bisher gültigen NATO-Doktrin der „Vorverteidigung“ hin zu einer neuen Doktrin der „Vorwärtsverteidigung“?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

2. Abgeordneter
Hansen
(fraktionslos) Wann wird die Bundesregierung das vom Bundeskanzler vor der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages vor drei Jahren (25. September 1979) abgegebene Versprechen, das Document Center, Berlin, zu übernehmen, einlösen?
3. Abgeordneter
Hansen
(fraktionslos) Warum sind die Modalitäten der Übergabe weder im Haushalt 1981 — wie ebenfalls am 25. September 1979 zugesagt — noch in den Haushalten 1982 oder 1983 geregelt worden?
4. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung über die erheblichen Schwierigkeiten und sogar Schikanen Auskunft geben, denen aussiedlungswillige Deutsche seit Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 durch polnische Dienststellen in zunehmendem Ausmaß ausgesetzt sind?
5. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Universitätsbibliotheken der USA Literatur über den Rechtsstandpunkt der Bundesrepublik Deutschland zur Selbstbestimmung und Einheit Deutschlands in Freiheit nicht nur fehlt, sondern durch ein reiches Angebot der Ostblockstaaten ersetzt wird, und was gedenkt sie zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, meine Frage vom 5. August 1982 (Drucksache 9/1939) im zweiten Anlauf dahin gehend richtig und vollständig zu beantworten, daß sie mir mitteilt, wie hoch die Auto-telefongebühren der einzelnen Parlamentarischen Staatssekretäre im vergangenen Jahr waren?
7. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Welche zusätzlichen Erkenntnisse hat die Bundesregierung bisher aus dem neuentwickelten Verfahren zur Herkunftsbestimmung von Heroin mit Hilfe spezieller Anwendungen des chemischen Analyseverfahrens der Chromatographie, das auf

- Untersuchungsergebnissen in den USA und in Schweden aufbaut, gewonnen, und welche Rückschlüsse auf aktuelle Herkunftsgebiete, Vertriebswege und Händlerringe können auf diese Weise gezogen werden?
8. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Trifft die Aussage von Bausenator Lange (Hamburg) zu, daß noch in diesem Monat Gespräche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über Möglichkeiten zur Verminderung der Elbverschmutzung beginnen, und daß von den Bundesländern die Hamburger Landesregierung allein an diesen Gesprächen beteiligt ist?
9. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die im Widerspruch zu einem Schreiben von Bundeskanzler Schmidt an den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Dr. Stoltenberg stehende Aussage, die Bundesminister Engholm vor kurzem in Wewelsfleth/Steinburg gemacht hat, die Entsorgung des im Bau befindlichen Kernkraftwerks Brokdorf sei zur Zeit nicht gesichert, so daß nach der Fertigstellung ohne zusätzliche Entsorgungsmaßnahmen eine Inbetriebnahme nicht in Frage komme?
10. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Kann noch damit gerechnet werden, daß der Bundesinnenminister die nach § 28 Abs. 3 der Strahlenschutzverordnung vorgeschriebenen Leitlinien für Kernkraftwerke, insbesondere die technischen und radioökologischen Berechnungsgrundlagen, veröffentlicht wird, nachdem er auf parlamentarische Anfragen ihre Veröffentlichung bereits für einen Zeitpunkt vor der Sommerpause 1979 in Aussicht gestellt und später als eine Sache mit zeitlicher Priorität dargestellt hat, und wann ist möglicherweise die Veröffentlichung dieser Leitlinien im Bundesanzeiger vorgesehen?
11. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, daß beihilfeberechtigte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes des Bundes im Krankheitsfall, insbesondere bei einem Krankenhausaufenthalt, mit den Leistungen aus der Beihilfe und aus den privaten Zusatzversicherungen, soweit diese dem Grund nach den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung entsprechen, ein höheres Einkommen erzielen, und wenn nein, welche Höhe kann die Einkommenssteigerung erreichen?
12. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- Kann die Bundesregierung diesen Sachverhalt für Angehörige und Hinterbliebene von beihilfeberechtigten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausschließen, und wenn nein, welche Höhe kann hier die Einkommenssteigerung erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

13. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen plant das Bundesfinanzministerium, die Rückerstattung der Mehrwertsteuer bis zu einer Einkaufshöhe von 100 DM für Kunden aus Nicht-EG-Ländern zu streichen, und bis wann ist mit der Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs zu rechnen?

14. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die voraussehbaren negativen Auswirkungen einer solchen Regelung auf den grenznahen deutschen Einzelhandel (insbesondere an der deutsch-schweizerischen Grenze) angesichts der derzeit ohnehin angespannten wirtschaftlichen Situation, und welche Gegenmaßnahmen zur Minderung dieser Auswirkungen sind denkbar?
15. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Kosten für ländlich-hauswirtschaftliche Auszubildende steuerlich von den Finanzämtern unterschiedlich gehandhabt werden, und wenn ja, wäre es nicht sinnvoll — insbesondere unter dem Aspekt, zusätzliche Ausbildungsplätze im hauswirtschaftlichen Bereich zu schaffen —, die Kosten für die ländlich-hauswirtschaftlichen Auszubildenden einheitlich als Betriebsausgaben anzuerkennen?
16. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Kann die Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt eine vorläufige Beurteilung der Wirkung der zehnprozentigen Investitionszulage geben, insbesondere zum finanziellen Umfang der Inanspruchnahme, und wer vor allem — mittelständisches Gewerbe oder Großunternehmen — die Investitionszulage in Anspruch nimmt?
17. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Sind der Bundesregierung Tatsachen bekannt, die auf Mißbräuche schließen lassen bei der Inanspruchnahme der Investitionszulage, z. B. über die Gründung von Leasingfirmen, und welche Möglichkeiten wird die Bundesregierung ergreifen, Mißstände abzustellen?
18. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Angestellten und der Mitglieder bzw. der Versicherten der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, und liegt in der Möglichkeit der Kooptierung neuer Mitglieder in die Mitgliederversammlung durch bereits amtierende Mitglieder nicht eine Gefahr im Hinblick auf die demokratische Vertretung der Interessen aller Mitglieder?
19. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Sind nach Meinung der Bundesregierung die wenigstens theoretisch bestehenden Anteilsrechte der Mitglieder der Versicherungsvereine a. G. an den Vereinsvermögen und deren Zuwächsen im Interesse der Versicherten ausreichend klar geregelt, und erhalten Mitglieder von Versicherungsvereinen a. G. z. B. in der Lebensversicherung grundsätzlich höhere Überschußbeteiligungen als Versicherte bei Aktiengesellschaften?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

20. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft verfügte Kürzung der Walzdrahtproduktion beim Moselstahlwerk Trier zu einer Schließung des Trierer Werks zunächst für die Zeit vom 8. September bis 4. Oktober 1982 geführt hat, obwohl dieser Betrieb bisher positive Wirtschaftsergebnisse erzielt hat?

21. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
- Sind die Auswirkungen bedacht worden, die eine solche Maßnahme für die strukturschwache Region Trier hat, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die EG-Entscheidung so zu überprüfen und so zu differenzieren, daß die positiv arbeitenden Betriebe der Stahlindustrie in ihrem wirtschaftlichen Handeln davon nicht negativ berührt werden?
22. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß das erste für Chile in der Bundesrepublik Deutschland bestellte U-Boot im April 1983 zur Ablieferung ansteht, und wie sind die Bemühungen der Bundesregierung verlaufen, für dieses U-Boot einen anderen Käufer zu finden?
23. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wieviel Aufträge mit welcher Auftragssumme wurden durch den Bund seit 1981 an ausländische nicht im EG-Bereich liegende Firmen vergeben?
24. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wieviel ausländische Firmen mit wie vielen Mitarbeitern sind seit 1981 durch Bundesbeauftragte in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt?
25. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Vorschläge hat die Bundesregierung gemacht, um Konflikte im Zusammenhang mit dem Erdgasröhrengeschäft wegen der tatsächlich oder angeblich widerstreitenden Interessen im Bereich des internationalen Privatrechts — wie sie ständig vorkommen — im Sinne der OECD-Richtlinien für solche Fälle „in gutem Glauben“ zu lösen?
26. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Welchen Beitrag hat die Bundesregierung geleistet, um eine befriedigende, von den NATO-Staaten gemeinsam getragene, präzise Definition, was als „strategisches“ Gut zu verstehen und auf die COCOM-Listen zu setzen ist, zu erreichen, und war sie ebenfalls darum bemüht, daß auch sicherheitsrelevante Lizenzen und Patente auf die COCOM-Listen kommen?
27. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang sind sogenannte Ostkredite „notleidend“ geworden, so daß der Bund auf Grund gegebener Bürgschaften einspringen mußte?
28. Abgeordneter
Schwarz
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß eine differenzierende Betrachtungsweise der verschiedenen denkbaren Stellplätze von Geldspielautomaten — Gaststätten, Wettannahmestellen konzessionierter Buchmacher und Spielhallen, vgl. § 3 der Verordnung über Spielgeräte und andere Spiele mit Gewinnmöglichkeit (Spiel V) — auch unterschiedliche Höchstzulässigkeitszahlen für solche Automaten verlangt, und teilt die Bundesregierung dabei insbesondere den Standpunkt, daß eine Ungleichbehandlung z. B. von Gaststätten und Wettannahmestellen zwar nicht verfassungsrechtlich geboten, aber dennoch zulässig und politisch vertretbar wäre?

29. Abgeordneter Schwarz (CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß es die Bundesregierung strikt abgelehnt hat, eine weitere Novellierung der SpielV in Betracht zu ziehen, und kann die Bundesregierung dabei insbesondere bestätigen, daß sie trotz konkreter Angebote und Investitionsabsichten aus den Reihen der Erlaubnisadressaten der SpielV daran festhält, den Verordnungsrahmen nicht „investitionsbegünstigender“ zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

30. Abgeordneter Eigen (CDU/CSU) Wie hoch sind nach Meinung der Bundesregierung die Kosten für internationale Abkommen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Agrarsektor aus dem EAGFL-Fond (Lomé, Maghreb, Assoziationen, Präferenzen, Polenhilfe)?
31. Abgeordneter Eigen (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, sich im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft dafür einzusetzen, daß die Kosten für die internationalen Abkommen bei der Aufstellung der Ausgaben der Europäischen Gemeinschaft gesondert ausgewiesen werden?
32. Abgeordneter Stutzer (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß im Hinblick auf die Gefahr eines Einschleppens der Bakterienringfäule, von der dänische Kartoffeln befallen sind, Kartoffeln aus Dänemark nicht mehr importiert werden sollten, und was wird sie zum Schutz insbesondere der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft unternehmen, daß diese Krankheit sich nicht auch südlich der Grenze ausbreitet?
33. Abgeordneter Stutzer (CDU/CSU) Wieviel öffentliche Mittel sind in den letzten fünf Jahren für Tierversuche aufgewendet worden, und wieviel entfallen davon auf Einrichtungen und Versuche, die Kosmetika, Wasch- und Pflegemitteln — insbesondere aber dekorativer Kosmetika — dienen?
34. Abgeordneter Funk (Gutenzell) (CDU/CSU) Wird die Bundesregierung der EG-Kommission vorschlagen, eine Weihnachtsbutter-Verbilligungsaktion für 1982 durchzuführen?
35. Abgeordneter Funk (Gutenzell) (CDU/CSU) Welche Verbilligungsbedingungen wird die Bundesregierung der EG-Kommission empfehlen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

36. Abgeordneter Herberholz (SPD) Liegen der Bundesregierung inzwischen Erkenntnisse vor, ob die Aufhebung der „empfohlenen Richtpreise“ für Brillengläser, die auf Initiative des Bundeskartellamts erfolgt ist, sich kostendämpfend ausgewirkt hat, und wie wird gegebenenfalls sichergestellt, daß der Kunde nicht nur durch ein reiches Angebot für das Brillengestell angelockt wird, sondern auch die Möglichkeit erhält, Preisvergleiche hinsichtlich der Brillengläser seiner Kaufentscheidung zugrunde zu legen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

37. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Änderung des § 14 des Apothekengesetzes, welche vom 1. Januar 1983 ab die Versorgung der Krankenhäuser durch Versandapotheken unterbindet, die Träger der Krankenhäuser mit erheblichen Mehrkosten belastet, wie beispielsweise allein den Landkreis Cham mit jährlich zusätzlich 300 000 DM?
38. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung zur Vermeidung dieser Mehrkosten eine entsprechende erneute Änderung des Apothekengesetzes für geboten?
39. Abgeordneter
Dr. Struck
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Ableistung eines freiwilligen sozialen Jahr bei der Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste e. V. in Israel nicht als freiwilliges soziales Jahr im Sinne des Gesetzes für die Förderung des freiwilligen sozialen Jahr anerkannt werden kann, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, einen Gesetzentwurf zur Änderung des genannten Gesetzes einzubringen, der die Anerkennung eines freiwilligen sozialen Jahr nicht nur im Inland und europäischen Ausland, sondern auch z. B. in Israel beinhaltet?
40. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Plätze die einzelnen Bundesländer für ein freiwilliges soziales Jahr ausgewiesen haben und wie sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage darstellt?
41. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) Was ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung unter „biologischen Nahrungsmitteln“ zu verstehen, wie sie jetzt zunehmend den deutschen Verbrauchern angeboten werden?
42. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wonach die Volksgesundheit durch den sogenannten biologischen Ernährungsmarkt verbessert wurde und wird?
43. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Wie kann der Käufer von „biologischen“ Nahrungsmitteln heute feststellen, daß die unter diesem Begriff verkauften Nahrungsmittel auch den allgemeinen Erwartungen an eine gesunde Ernährung entsprechen?
44. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, zur Verbrauchersicherheit den Begriff „biologisch“ rechtlich verbindlich zu definieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

45. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Schwierigkeiten der polnischen Fluggesellschaft LOT bei ihrer beabsichtigten Wiederaufnahme der Flugverbindung zwischen Köln/Bonn und Warschau bekannt, und könnten diese Schwierigkeiten u. a. auf das in der Volksrepublik Polen geltende Kriegsrecht zurückzuführen sein?

46. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Zeitkartenbenutzer der Deutschen Bundesbahn auf Strecken, auf denen Triebwagen aus Kostengründen eingestellt wurden, bei Benutzung des bereitgestellten Busses jeweils einen Aufpreis zu zahlen haben?
47. Abgeordnete
Frau Benedix-Engler
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung, daß ein Zusammenhang zwischen dem abnehmenden Reiseaufkommen der Deutschen Bundesbahn und dem sich ständig verschlechternden Angebot in den Nebenstrecken besteht, und ist sie bereit, in diesem Zusammenhang auf den Vorstand der Deutschen Bundesbahn dahin gehend einzuwirken, daß der an sich schon schlechte Verkehrszugang im Südharz-Bereich, der die Benachteiligung dieses Raums ständig erhöht, nicht noch durch weitere Streckenstillegungen (Bad Lauterberg/Odertal und Scharzfeld — Bad Lauterberg) belastet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

48. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Liegen der Deutschen Bundespost Erkenntnisse vor, aus denen zu entnehmen ist, zu welchen Zeiten die Schalter bei den Postämtern und Poststellen von den Postkunden besonders stark in Anspruch genommen werden, und wenn ja, welche Angaben können über die jeweilige Frequentierung der Schalter im Durchschnitt gemacht werden?
49. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Welche Erfahrungen sind nach der zweijährigen Erprobungszeit in Frankfurt am Main mit dem Haus-Notrufsystem (Zusatzgerät zum Telefonanschluß) erzielt worden, das älteren Menschen, Behinderten und Kranken die Möglichkeit gibt, Hilfe im Notfall herbeizuholen?
50. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, dieses Haus-Notrufsystem auch in anderen Städten und Gemeinden einzuführen und zu vertretbaren Preisen den Menschen zur Verfügung zu stellen, die möglicherweise zu Hilferufen gezwungen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

51. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Wie beurteilt der Bundesforschungsminister die fortwährende öffentliche Agitation des Leiters des Bürgerdialogs Energie bei der Bundesbehörde DFVLR (Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt), Peter Niedereiz, gegen die in Rheinland-Pfalz geplante Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Brennelemente?
52. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für erträglich, wenn Peter Niedereiz mit wissenschaftlich unhaltbaren Aussagen über angeblich schwere Sicherheitsgefährdungen jegliche Form des Dialogs im Widerspruch zu seinem amtlichen Auftrag untergräbt?

53. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Stellenwert der Lärmforschung bei Flugzeugen, und ist ihrer Auffassung nach damit in Einklang zu bringen, daß in der Abteilung Technische Akustik der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V. in Braunschweig drastische Personalkürzungen erfolgen, die zur Auflösung dieser Abteilung führen?
54. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Wird außer in der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V. in weiteren Forschungseinrichtungen anwendungsbezogene Lärmforschung betrieben, und reichen die vorhandenen Kapazitäten aus, die Lärmforschung intensiv weiterzubetreiben, wenn die Personalkürzungen in der vorher erwähnten Großforschungseinrichtung des Bundes durchgeführt sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

55. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung eines neuen, postgradualen Studiums in der DDR, das mit dem Erwerb des Titels „Fachingenieur der Medizin“ abgeschlossen wird, und hält die Bundesregierung eine solche Maßnahme ebenfalls für überlegenswert?
56. Abgeordnete
Frau
Roitzsch
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Studenten sich an verschiedenen Universitäten gleichzeitig in Fächern ohne Numerus clausus immatrikulieren und somit mehrfach BAföG erhalten?
57. Abgeordnete
Frau
Roitzsch
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs in der Lage, diesen Mißstand zu beheben, und was gedenkt sie gegebenenfalls zu tun?

Bonn, den 10. September 1982

